

Argumente gegen Rechtsextremismus – ein Katalog

*Ein Einzelprojekt im Rahmen
des Bundesprogramms
„Toleranz fördern –
Kompetenz stärken“*

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Vielfalt statt Einfalt
LANDKREIS SONNEBERG



Zeit für Bildung.

Bildungswerk
der Thüringer Wirtschaft e.V.



Zeit für Bildung.

Bildungswerk
der Thüringer Wirtschaft e.V.

Verfasser: Claus C. Jakob M.A., Sonneberg 2013

Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V.
Außenstelle Sonneberg
Gustav-König-Str. 23
96515 Sonneberg
www.bwtw.de

Inhaltsverzeichnis

S. 05	Zum Geleit
S. 08	Landkreis und Stadt Sonneberg
S. 10	Zum Extremismusbegriff
S. 13	Argumente gegen Rechtsextremismus
S. 14	1. Ausländer und Arbeitsplätze
S. 17	2. Ausländer und Kriminalität
S. 19	3. Scheinasylanten
S. 20	4. Rassismus
S. 22	5. Meinungsfreiheit
S. 23	6. Führerstaat contra Demokratie
S. 25	7. Feindbild Europa
S. 27	8. Bei Hitler war nicht alles schlecht...
S. 29	9. Holocaust
S. 31	Zusammenfassung
S. 32	Literaturverzeichnis

Zum Geleit

Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft und unsere Freiheitlich Demokratische Grundordnung (FDGO). Auch aufgrund unserer deutschen Geschichte müssen wir, als Demokraten, gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten wachsam sein. Der aktuelle NSU-Prozess, aber auch andere politisch „rechts“ motivierte (Gewalt)taten zeigen, dass das rechtsextremistische Gedankengut eine reale Gefahr darstellt. Nicht alle Personen, die Teile dieses Gedankenguts äußern oder nachsprechen, werden aber gleich zu Terroristen. Es gibt Mitläufer, aber auch Personen, die Teile von rechtsextremistischen Aussagen äußern und/oder teilen, ohne dabei im Ganzen rechtsextrem(istisch) motiviert zu sein. Durch aktive Aufklärung mit Fakten und Vorleben demokratischer Werte kann einer Ausweitung bzw. Festigung rechtsextremistischen Gedankenguts vorgebeugt und Personen des „rechten“ Spektrums können auf den pluralistischen, demokratischen Weg zurückgeführt werden. Häufig spielen Unwissenheit und Vorurteile eine Rolle im rechtsextremistischen Umfeld. Der Katalog mit Argumenten gegen Rechtsextremismus gibt den demokratischen Akteuren ein hilfreiches Werkzeug an die Hand, argumentativ dagegen zu wirken.

In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Eltern, Schülern, Wählern, kann es von deren Seite zu Äußerungen von Vorurteilen oder Schlagworten kommen, etwa im Sinne von „Scheinasylanten“, hoher Kriminalität bei Ausländern oder ähnlichem. Wichtig ist, dass die demokratischen Vertreter dem selbstbewusst und sachbewusst gegenüberreten. Dafür werden natürlich Kenntnisse der Materie benötigt. Unsicherheiten werden leicht als Bestätigung der eigenen Meinung ausgelegt. Speziell Fehler in der geschichtswissenschaftlichen Praxis werden von rechtsextremistischer Seite liebend gerne aufgegriffen, um die gesicherten Fakten in Gänze anzuzweifeln. So geschah es etwa bei der „Wehrmachtsausstellung“, die vor einigen Jahren durch Deutschland zog und die die Verwicklungen der Wehrmacht in NS-Verbrechen aufgegriffen hat. In dieser Ausstellung gab es zu Beginn handwerkliche Fehler, wie etwa eine Zuordnung von Photos von

Wehrmattsangehörigen zu falschen Einheiten. Von rechtsextremistischer und revanchistischer Seite wurde umgehend der Versuch gestartet, die Ausstellung insgesamt anzuzweifeln. Der vorliegende Katalog ist daher grundsätzlich solide recherchiert. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, da die Fakten auch einem nicht wissenschaftlich ausgebildeten Publikum verständlich sein sollen, der Katalog ist jedoch inhaltlich wissenschaftlich fundiert. Das ist ein Anspruch an das Projekt.

Eine Anmerkung muss an der Stelle noch gemacht werden: Überzeugte Rechtsextremisten, Neonazis, der „harte Kern“, sind Argumenten gegenüber meist nicht offen. Dieser Personenkreis argumentiert nicht, er *glaubt*. Wie irrational auch Teile des Glaubenssystems sind, Argumente, die dies widerlegen, werden nicht akzeptiert. Statt dessen werden Verschwörungstheorien gepflegt. Solche Verschwörungstheorien sind aus der NS-Zeit nur zu bekannt, beispielsweise die von der „Jüdischen Weltverschwörung“, der alles von Rechtsaußen Ungeliebte, vom Kapitalismus bis zum Bolschewismus in die Schuhe geschoben wird. Auch heute sprechen Rechtsextremisten noch davon, dass die aus ihrer Sicht angeblichen Fakten zu NS-Verbrechen Fälschungen und „Gehirnwäsche“ von Seiten der „Besatzer“ seien, um das deutsche Volk auf ewig zu knechten. Der Berg an Beweisen interessiert dabei nicht. Die NS-Zeit gehört zu den wissenschaftlich am besten aufgearbeiteten Gebieten, für die eine Fülle an Quellen unterschiedlichster Art und Zeitzeugen zur Verfügung stehen bzw. standen.

Es geht dem harten Kern um eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus/Faschismus, wobei man sich nichts vormachen muss – der harte Kern teilt die Sichtweise des Nationalsozialismus, dass die Verbrechen (Holocaust, Angriffskriege, Zwangsarbeit, Euthanasie, Kriegsverbrechen...) „Dienst am Vaterland“ (gewesen) seien, wie es etwa Heinrich Himmler (Reichsführer SS im „Dritten Reich“) gemeint hatte. Doch das sind zum Glück nur sehr wenige Personen, die keine politische Macht besitzen. Würde man jedoch die Augen vor rechtsextremistischen

Tendenzen verschließen und nicht gegensteuern, könnten rechtsextremistische Gedanken über die Jahre hinweg wieder Stück für Stück salonfähig werden. Aus diesem Grund sind Projekte wie „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ von großer Bedeutung.

Der Aufbau des Katalogs gliedert sich wie folgt: Nach diesem einführenden Geleitwort geht der Verfasser kurz auf die Situation in Stadt und Landkreis Sonneberg ein, dem schließt sich eine ebenfalls recht kurzgehaltene Ausführung zum Extremismusbegriff an, aus Sicht des Verfassers eine Notwendigkeit, ist dieser Begriff doch wissenschaftlich umstritten. Es folgt der Hauptteil dieses Katalogs, der den Praktikern Argumente gegen rechtsextremistisches Gedankengut bietet und erläutert; diesem schließt sich eine Zusammenfassung an. Ein Literaturverzeichnis bildet den Abschluss.

Claus C. Jakob M.A.

Sonneberg, Dezember 2013

Landkreis und Stadt Sonneberg

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die dankenswerter Weise von Herrn Andreas Barnikol, Leiter der Polizeiinspektion Sonneberg, ausgewertet wurde, weist Sonneberg im Vergleich zu anderen Städten und Gebieten in Thüringen im Bereich rechtsextremistisch motivierter Straftaten keine Besonderheit auf. Im Schutzbereich der Polizeiinspektion Sonneberg sind demnach für 2012 ca. 5% der registrierten Straftaten „politisch rechts motiviert“, was etwa 40 Fälle betrifft. In der Hauptsache handelt es sich um sogenannte „Propagandadelikte“, d.h. Anbringung von verfassungsfeindlichen Zeichen und Symbolen, z.B. als Graffiti. Neben Sonneberg war hier ein Schwerpunkt in der Ortschaft Neuhaus am Rennweg.

Insgesamt spricht die aktuelle PKS für den Schutzbereich der Landesinspektion Saalfeld, zu der Sonneberg gehört, von „erneut sinkenden Fallzahlen“. Dies ist einerseits erfreulich, soll aber nicht bedeuten, dass Wachsamkeit und Aufklärung zurückgefahren werden können. So berichtete das Freie Wort am 15.01.2013 beispielsweise im Artikel „Nur noch zu zweit“ nachts durch die Innenstadt“: „Sonneberg - Opfer von politisch motivierter Gewalt wurde am letzten Freitag des vergangenen Jahres ein Asylbewerber im Sonneberger Stadtgebiet. Wie die Polizei seinerzeit mitteilte, gerieten dabei ein 49 Jahre alter Flüchtling und drei Jugendliche spätnachts aneinander, als der Mann Pfandflaschen einsammelte. Ein 20-Jähriger zeigte dem Iraker zunächst den Hitlergruß, dann verletzte er den Asylbewerber mit einem gezielten Tritt. [...] Die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen hatten immerhin ein rasches Ergebnis. Die Beamten konnten die drei Personen feststellen und zur Inspektion bringen, ein 20-Jähriger wurde verhaftet. Gegen ihn wird wegen Körperverletzung ermittelt.“¹

¹ Auszug aus:

http://www.insuedthueringen.de/lokal/sonneberg_neuhaus/sonneberg/Nur-noch-zu-zweit-nachts-durch-die-Innenstadt;art83453,2289394,
15.01.2013; 02.12.2013

Die Flüchtlinge bzw. Asylbewerber sind im Sonneberger Raum wie in anderen Regionen bei manchen Personen Ziel von Vorurteilen und Ängsten, wie der Verfasser in Gesprächen mit vereinzelt Maßnahmeteilnehmern, Einzelpersonen aus der Bevölkerung allgemein und mit politischen Akteuren festgestellt hat. So witterten einzelne Bürgerinnen und Bürger zu Zeiten der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Sonneberg in dem Gebäude einen „Hort der Kriminalität“, teilweise verbrämt mit Worten wie „wir wissen schon, was da abgeht“. Die Vorurteile waren dabei undifferenziert und pauschal. Mit der Auflösung der Gemeinschaftsunterkunft und der Suche nach dezentralen Wohneinheiten kamen weitere Ängste auf, gemäß des „Sankt Florian-Prinzips“ – „die sollen meinerwegen Unterkunft erhalten, aber nicht in meiner Nähe“. Da die Asylpolitik aktuell wieder ein größeres Thema in der überregionalen Presse ist, ist dieser Bereich auch wieder mehr präsent.

Gerade in der Region Sonneberg mit einer vergleichsweise sehr niedrigen Arbeitslosigkeit sollte man meinen, dass die Situation entspannter ist. In homogenen Regionen wie Sonneberg, d.h. Regionen mit relativ wenig „Ausländern“, sind viele Menschen an das „Fremde“ jedoch weniger gewöhnt, sprich, man hat selten, kaum oder gar nicht persönlichen Kontakt mit Fremden, wodurch Vorurteile verstärkt Nahrung finden können – können, nicht zwangsläufig müssen. Man kennt dann den Sachverhalt nur vom Hörensagen, etwa aus den Medien, in denen eher Sonderfälle als der Alltag thematisiert werden. „Vielfalt statt Einfalt“ ist daher ein treffendes Motto. Denn darum geht es, der Unkenntnis entgegenzuwirken. Die Argumente gegen Rechtsextremismus des Hauptteils sind alle auch für die spezifische Situation im Raum Sonneberg anwendbar.

Zum Extremismusbegriff

„Auch wenn der Verfassungsschutz mit dem Terminus Extremismus arbeitet: In der wissenschaftlichen Debatte ist er durchaus umstritten.“ schreibt Dr. Gero Neugebauer für die Bundeszentrale für Politische Bildung.² An dieser Stelle soll der Vollständigkeit halber deshalb wie im Geleitwort angekündigt kurz darauf eingegangen werden.

Beim Verfassungsschutz spricht man von Rechtsextremismus als „Bestrebung, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist und die auf die Beseitigung oder Außerkraftsetzung wesentlicher Verfassungsgrundsätze abzielt.“³ Er ist gegen gesellschaftliche Vielfalt, lehnt Parteienwettbewerb, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zugunsten eines autoritären Führerprinzips ab. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und übersteigter Nationalismus zählen neben Gewaltverherrlichung zu den „Grundlagen“. Es ist zu beachten, dass es mehrere Strömungen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums gibt, z.B. völkische und neonationalsozialistische. Die aggressive Ablehnung der FDGO und der pluralistischen Demokratie ist ihnen jedoch gemeinsam. Dietmar Molthagen fasst nach Richard Stöss, „Rechtsextremismus im Wandel“, in seinem Beitrag „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ in „Molthagen et al., „Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie.“⁴ folgende 6 Dimensionen rechtsextremen Denkens zusammen:

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur
- Chauvinismus („Überlegenheitsdenken gegenüber anderen Staaten, Völkern, Kulturen“)
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus

²

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33591/definitionen-und-probleme>; 17.06.2013

³ Dies und das Folgende vgl.

<http://www.fes.de/forumjugend/html/gegenrechts1.php>; 26.11.2013

⁴ Dietmar Molthagen et al. (Hg.), Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn 2008. S. 26 ff.

- Sozialdarwinismus („das Leben als Kampf ums Dasein, der Stärkere setzt sich durch, sogenanntes Minderwertiges wird ausgerottet“; unwissenschaftliche Übertragung von Regeln der Evolution im Tierreich auf den Menschen, da der Mensch zu Zivilisation und Kultur fähig ist und nicht rein triebgesteuert)
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Treffen alle 6 Dimensionen in einer Person zusammen, spricht er von einem „geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild“. Dies kommt jedoch den aktuellsten Forschungen nach in Deutschland sehr selten vor. Besonders unter Jugendlichen, die sich dem „rechten Spektrum“ zugehörig fühlen, bestehen wenige Kenntnisse über „ideologische“ Feinheiten.

Neugebauer kritisiert, dass der Extremismusbegriff den Eindruck erwecke, die Gefährdung der Demokratie erfolge nur von den äußersten Rändern der Gesellschaft, den „Extremen“. Dies werde jedoch der Komplexität der Gesellschaft wie auch der der als extremistisch bezeichneten Strömungen nicht gerecht, zudem übersähe es die Gefahren aus der Mitte der Gesellschaft. Er werfe zudem individuelle Versatzstücke in einen Topf. Feststellen kann man außerdem, dass der Begriff leicht als Kampfbegriff zur Stigmatisierung und „Abstempelung“ genutzt werden kann („Schubladendenken“) und dann keine echte Auseinandersetzung mit Inhalten mehr stattfindet. Die Definitionsmacht läge bei den politischen Institutionen des Staates; leicht können Minderheitenpositionen dadurch in Mißkredit geraten. Kritisiert wird auch die Gleichsetzung aller als extremistisch benannten Richtungen als „antidemokratisch“, obwohl sich etwa linksextremistische Strömungen deutlich von rechtsextremistischen unterscheiden, was Zielsetzung und Methoden betrifft.

Nach Neugebauer ist die Definition, die Hans-Gerd Jaschke formuliert hat, die geeignetste bzgl. Rechtsextremismus:

„Rechtsextremismus [ist] die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die

- von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen,
- nach ethischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration [der UN] ablehnen,
- die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen,
- von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die
- den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“⁵

Bei der Debatte geht es jedoch um den *Begriff* bzw. um eine Definition, die *auch* wissenschaftlich haltbar ist. Der Fakt an sich, dass die oben genannten Denkweisen existieren und auch auf die eine oder andere Weise eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in Deutschland darstellen können, steht in der Debatte unwidersprochen im Raum.

Nach diesem knappen Exkurs folgt nun der Hauptteil, der den demokratischen Akteuren argumentative Werkzeuge gegen rechtsextremistisches Gedankengut an die Hand geben soll.

⁵ Zitiert nach

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33591/definitionen-und-probleme>

Argumente gegen Rechtsextremismus

Es gibt keine spezifisch Sonneberger Argumentationen von rechter Seite und auch keine spezifisch Sonneberger Argumente dagegen. Die Argumente gegen Rechtsextremismus sind allgemeiner Natur. Der Verfasser hat für diesen Katalog einige der am häufigsten vorkommenden „rechten Parolen“ ausgewählt; er stützt sich dabei auf eigene Recherchen im Rahmen seines Studiums der Neuesten Deutschen Geschichte und seiner beruflichen Tätigkeiten, wie auch auf bereits existierende Abhandlungen zum Thema. Die aus Sicht des Verfassers informativsten der bereits existierenden seien hier vorab genannt.

- Wolfgang Benz, Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile. Veröffentlicht auf der Homepage der Bundeszentrale für Politische Bildung. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37986/argumente-gegen-rechts-vorurteile>; 26.11.2013
- Michael Hammerbacher, Argumente gegen rechte Sprüche. Veröffentlicht auf www.osz-gegen-rechts.de [ein Berliner Projekt gegen Rechtsextremismus, das u.a. von exit Deutschland, der DGB Jugend, mbr und denk!mal unterstützt wird]
- Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Ts. 2009 [ein lesenswertes Buch, das sich unter anderem auch mit der Herkunft von Stammtischparolen und Zivilcourage beschäftigt; es bietet auch Argumentationstraining; allerdings sind einige enthaltenen statistischen Daten etwas veraltet]
- Wolf Wagner, Die Rechtsextremen sagen... Erfurt 2013 [Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen]

Hinweis: Die gewählte Reihenfolge der Themengebiete ist im Folgenden keine Wertung der Wichtigkeit des einzelnen Themas. Auf die „Ausländer-Aspekte“ wird zuerst eingegangen, weil diese auch in Sonneberg derzeit mit am aktuellsten sind.

1. Ausländer und Arbeitsplätze

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“

Das ist ein Ausspruch, den man im rechtsextremistischen Umfeld wie aber auch aus der „Mitte der Gesellschaft“ immer wieder mal zu hören bekommt, selbst in der Region Sonneberg mit wenigen Arbeitslosen und wenigen „Ausländern“. Hakt man hier nach, erkennt man schnell, dass der Ausspruch so dahingesagt ist und sich die oder der Aussprechende selten tiefergehende Gedanken dazu gemacht hat. Es kennt auch kaum jemand, speziell in Sonneberg, einen individuellen Fall, in dem man das auch nur ansatzweise behaupten könnte. Welche Ausländer? Hier fängt es schon an – es werden ohne Kenntnis der Gesetze und Fakten Asylbewerber, Flüchtlinge, „Billiglohnarbeiter“ aus der EU, in Deutschland in der mehrfachen Generation Lebende und andere Gruppen, wie z.B. Wissenschaftler und Forscher aus dem Ausland, die einem Ruf an eine deutsche Universität folgen, durcheinander gewürfelt.

Wolfgang Benz zählt folgende u.a. Gruppen auf:

- 1) Flüchtlinge, die nur geduldet werden; keine Arbeitserlaubnis
- 2) Asylbewerber, die einen Antrag gestellt haben und auf die Entscheidung warten; keine Arbeitserlaubnis
- 3) Asylberechtigte, die als politisch Verfolgte anerkannt sind
- 4) Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge mit nur vorübergehender Aufenthaltserlaubnis; keine Arbeitserlaubnis
- 5) Konventionsflüchtlinge; stehen unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention
- 6) Kontingentsflüchtlinge; im Rahmen einzelner humanitärer Hilfsaktionen übernommene Flüchtlinge

Schon allein daran sieht man, dass es deutliche Unterschiede gibt, allein bei den Flüchtlingen.

Was also sind die Argumente dagegen?

- Die Aussage oben ist pauschal und undifferenziert und dient nur dazu irrationale Ängste zu schüren und Vorurteile zu bedienen. Sie schmeißt alle „Ausländer“ in einen Topf und prüft nicht die Fakten.
- Fakt ist, dass Ausländer aus Nicht-EU-Staaten seit 1973 ein Arbeitsverbot haben; nur in wenigen Ausnahmen ist ihnen eine befristete Tätigkeit gestattet (wenn es keine deutschen Bewerber gibt).
- Die sog. „Gastarbeiter“ hatten den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik erst ermöglicht, sie erarbeiteten jährlich etwa 200 Milliarden DM für das Bruttosozialprodukt und stützten das Sozialsystem. 11 Millionen sind wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt.⁶ Auch in der DDR waren aufgrund Arbeitskräftemangels Arbeiter aus Vietnam, Schwarzafrika und Kuba eine Stütze.
- Von strukturbedingter Arbeitslosigkeit sind Ausländer mehr betroffen als Deutsche, da sie vielfach in Bereichen arbeiten, die von Rationalisierung betroffen sind. Viele Ausländer arbeiten zudem in Bereichen, für die sich keine deutschen Arbeitnehmer finden (schmutzige, schwere Arbeit mit niedrigerer Entlohnung und niedrigem Prestige).
- Der Ausländeranteil speziell in den Neuen Bundesländern ist gering, er liegt unter 3%, teilweise unter 2%. Diese Personen können schon aufgrund ihrer geringen Zahl nicht an hoher Arbeitslosigkeit schuld sein.
- Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland ca. 240.000 ausländische Unternehmer/innen, die etwa 570.000 Arbeitnehmer/innen beschäftigen, Steuern und Sozialabgaben zahlen.⁷

⁶ Zahlen aus Wolfgang Benz

⁷ Nach Michael Hammerbacher

- Aufgrund des demographischen Wandels gibt es einen realen Fachkräftemangel. Es finden sich immer weniger deutsche Auszubildende und Fachkräfte, auf der anderen Seite können speziell Langzeitarbeitslose aufgrund vielfältiger Vermittlungshemmnisse nicht für die Bereiche umgeschult werden, für die Fachkräfte benötigt werden. Es kann auch nicht jeder allein aus seiner Person heraus z.B. als Altenpfleger arbeiten (ein psychisch und physisch belastender Beruf mit Schichten). Es ist also gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich vonnöten, Fachkräfte von außerhalb anzuwerben.

2. Ausländer und Kriminalität

„Ausländer sind krimineller als Deutsche!“

Grundsätzlich werden Einzelpersonen kriminell, nicht Nationen oder Kulturen. Es gibt kein „Kriminalitätsgen“, das bestimmten Völkern zu Eigen wäre. Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten mit geringem Bildungsniveau und geringen Zukunftschancen sind anfälliger für Kriminalität – es ist mithin ein soziales Problem, kein ethnisches, dem z.B. durch Eröffnung von Chancen auf dem Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gegengewirkt werden kann.

Was sind hier die Argumente dagegen?

- Betrachtet man Kriminalstatistiken, dann muss man bedenken, dass es Delikte gibt, die von Deutschen gar nicht begangen werden können, wie etwa im Ausländer- und Asylrecht. Dabei handelt es sich im Übrigen nicht um Schwerstkriminalität, die großen gesellschaftlichen Schaden erzeugt.
- „Grundtatsache ist, dass integrierte Ausländer in Deutschland, und sie bilden die überwältigende Mehrheit, nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt kommen als Deutsche.“⁸
- Bis zu einem Drittel der Straftaten, die in Bezug auf Ausländer in der Kriminalstatistik auftauchen, werden von Touristen, zum Zweck der Straftat kurz Eingereisten oder internationalen Banden begangen.
- Zu Wissen ist außerdem, dass Ausländer schneller unter Tatverdacht geraten als Deutsche („Tatverdachteffekt“) und eher angezeigt werden („Anzeigeeffekt“). 1999 betrug der prozentuale Teil der rechtskräftig verurteilten Ausländer in Relati-

⁸ Wolfgang Benz; vgl. auch Klaus-Peter Hufer, S.122 f.

on zu den Tatverdächtigen z.B. nur noch rund die Hälfte.⁹

- Schließlich muss man festhalten, dass die Kriminalstatistik *Tatverdächtige* aufführt, die nicht zwingend Täter sein müssen.
- Es dürfen und können nicht alle Ausländer in einen Topf geschmissen werden; Asylbewerber leben z.B. unter völlig anderen Umständen als Arbeitnehmer mit ausländischen Wurzeln.

⁹ Nach Michael Hammerbacher

3. Scheinasylanten

„Das sind doch alles bloß Wirtschaftsflüchtlinge, die unsere soziale Hängematte ausnutzen wollen!“

Argumente dagegen sind Folgende:

- Mindestens 20 Millionen Menschen sind auf der Welt aufgrund Krieg oder politischer Repression auf der Flucht. In der Mehrzahl der Länder kommt es zu Mißhandlungen oder Folterungen von Menschen durch Polizei oder Sicherheitskräfte.¹⁰ Deutschland nimmt etliche Flüchtlinge auf, im Vergleich mit anderen Staaten sind die Zahlen aber gering. So hat die Türkei z.B. bis dato 600.000 Syrienflüchtlinge aufgenommen. In Deutschland war hier einige Zeit von 5.000 die Rede.
- Aufgrund der „Sicherer-Drittstaat-Regelung“ hat in der EU niemand Anrecht auf Asyl, der ein sog. „sicheres Land“ durchquert hat. In Deutschland genießt Asylrecht nur, wer staatliche Verfolgung geltend machen kann. Es kann auch bei wachsender Zahl nicht von einer „Asylschwemme“ geredet werden.
- Deutschland ist heute ein reiches Land; in der Vergangenheit sind viele Deutsche ausgewandert, um sich wirtschaftlich besser zu stellen und Perspektiven zu haben. Es geht an dieser Stelle aber nicht um geregelte Auswanderung, sondern um Flucht aus Katastrophengebieten. Europa trägt mit Verantwortung für die Abhängigkeiten der „Dritten Welt“, an einem Großteil des sozialen Elends in der Dritten Welt sind die Industrieländer ursächlich mitbeteiligt.¹¹

¹⁰ Vgl. hierzu z.B. Klaus-Peter Hufer, S.124 ff.

¹¹ Vgl. hierzu ebd., S.126

4. Rassismus

„Die arische/germanische Rasse ist den anderen Rassen überlegen! / Es gibt minderwertige Rassen beim Menschen!“

Gegenargumente sind wie folgt:

- Die Gentechnik zeigt, dass der Begriff der Rassen, der vom Nationalsozialismus aufgrund sozialdarwinistischer und antisemitischer Schriften des 19. Jahrhunderts genutzt wurde, unsinnig ist. Genetisch sind die Unterschiede etwa zwischen einem Japaner, einem Schwarzafrikaner und einem Deutschen geringer als zwischen Bruder und Schwester. Und es gibt kein „Minderwertigkeitsgen“ ganzer Volksgruppen [auch bei Individuen nicht].
- Wolf Wagner schreibt dazu: „Menschen nach [...] äußerlichen Merkmalen beurteilen zu wollen, ist wie wenn man Nahrungsmittel nach ihrer Farbe einteilen wollte und alle roten Nahrungsmittel wie rote Grütze, Rotwein, roter Rettich und rote Beete in eine Gruppe stecken wollte und Vanillepudding, Weißwein, weißer Rettich und Schlagsahne in eine andere.“¹²
- Der Rassismus folgt keinen rationalen Argumenten, sondern instrumentalisiert Vorurteile und Feindbilder.
- Schon die Nationalsozialisten hatten Mühe, frühere Hochkulturen außerhalb Europas zu erklären. Pseudowissenschaftliche Einrichtungen der SS versuchten so beispielsweise nachzuweisen, dass etwa Hochkulturen in Südamerika wie die Mayas durch zugewanderte „Arier“ ins Leben gerufen worden waren. Ein Versuch, der ins Leere lief.
- Kulturelle und zivilisatorische Entwicklungen hängen ursächlich von äußeren Faktoren ab (Klima,

¹² Wolf Wagner, S.36 f.

Fruchtbarkeit der Natur, weite, oder enge, abgeschlossene Siedlungsräume, Zugang zu Rohstoffen etc.). Natürliche Anpassungen wie z.B. die Hautfarbe, haben keine Auswirkungen darauf! Das beweisen schon die unzähligen Wissenschaftler, Forscher, Ärzte, Unternehmer, Spitzensportler etc. der unterschiedlichsten Hautfarben und Herkunftsregionen.

5. Meinungsfreiheit

„Ein Verbot von rechtsextremistischen Texten und Veranstaltungen widerspricht der Meinungsfreiheit!“

„Das Grundgesetz ist ein Gegenentwurf zur Barbarei unter der nationalsozialistischen Herrschaft.“¹³ Friedenspflicht (Art. 1 Abs. 2, 24 Abs. 2 und 26 Abs. 1 GG) und die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) sind von zentraler Bedeutung. Den Ansichten der Neonazis (Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit) wird durch das Grundgesetz eine klare Absage erteilt. „Der Ausschluss gerade dieses Gedankenguts aus dem demokratischen Wissensbildungsprozess, ist ein aus der historisch bedingten Werteordnung des Grundgesetzes ableitbarer Verfassungsbelang, der es rechtfertigt, die Freiheit der Meinungsäußerung, bezogen und beschränkt auf dieses Gedankengut, inhaltlich zu begrenzen.“¹⁴

Die Argumente gegen diese Aussage sind:

- Das Grundgesetz sieht als zentrale Werte die Menschenwürde und die Friedenspflicht.
- Menschen, die die Demokratie und auch die Meinungsfreiheit abschaffen wollen, sollten sich nicht auf das Recht der Meinungsfreiheit berufen. Der Untergang der Weimarer Republik hat gezeigt, welche Gefahren entstehen können, wenn man antidemokratischen Kräften zuviel Raum lässt. (Stichwort „Wehrhafte Demokratie“).
- Meinungsfreiheit kann kein Freibrief sein, andere Menschen zu verletzen, etwa mit rassistischen Hassparolen. Schließlich ist z.B. Beleidigung auch ein Straftatbestand (§ 185 Strafgesetzbuch).

¹³ Michael Hammerbacher

¹⁴ Zitiert von Michael Hammerbach aus einem Text des damaligen [2002] Bundesverfassungsrichters Hoffmann-Riehm.

6. Führerstaat contra Demokratie

„Demokraten arbeiten nicht zum Wohle des Landes, sie sind nicht dem Gemeinwohl verpflichtet und denken nur an sich oder maximal ihre Anhängerschaft. Einzig eine autoritäre Führergestalt garantiert „echte deutsche Politik“!“

Auch hierzu lassen sich Gegenargumente finden:

- Egal welche Regierungsform, es existiert immer der Faktor Mensch. Menschen machen Fehler, Menschen sind nicht perfekt. Man muss schon romantisch-blauäugig veranlagt sein, um von fehlerlosen Führern oder Königen zu schwadronieren. Das gab es nie und gibt es nie.
- Es gibt nie einen vollkommen souveränen Einzelherrscher. Denn er/sie ist *immer* von anderen abhängig, von Beratern und Ausführenden, Bürokratie, Sicherheitskräften usw.
- Berater und Ausführende verfolgen häufig (auch) eigene Ziele. Speziell bei den Beratern ist ja der Begriff "Graue Eminenz" bekannt. D.h. die Personen, die im Schatten der Macht die Strippen ziehen. Hinweisen kann man in dem Zusammenhang auf den im „Dritten Reich“ verbreiteten Ausspruch „Wenn das der Führer wüsste“ – so mancher *glaubte* lange an den Führer, sah allerdings in der Realität, dass (aus seiner Sicht) nicht alles so umgesetzt wurde, wie es Adolf Hitler angeblich wollte.
- Demokratie ist viel weniger undurchsichtig als eine Führerdiktatur, in der Entscheidungen und Entscheidungswege nur geplant öffentlich werden. Und es besteht in der Demokratie zumindest die Möglichkeit, die Regierenden abzuwählen. Auch kann man sich selbst aktiv in die Politik einbringen, etwa durch Mitwirkung in Bürgerinitiativen oder Parteien.

- Im Übrigen ist es pure Polemik, wenn Demokraten in Deutschland unterstellt wird, sie würden nur an sich denken. Das wird unabhängig davon schon einmal den vielen, vielen Menschen nicht gerecht, die sich jahre- oder gar jahrzehntelang ehrenamtlich in der Politik engagieren, weil sie etwas Positives bewegen möchten.

7. Feindbild Europa

„Wir brauchen einen starken Nationalstaat und kein vereinigtes Europa! / Europa ist ein Völkergefängnis!“

Was sind hier die Argumente dagegen?

- Die Europäische Einigung hat vor allem eines gebracht: Frieden zwischen den europäischen Staaten, die jahrhundertlang Kriege gegeneinander geführt hatten. Kein Krieg war jedoch für die beteiligten Staaten bzw. Regierungen dauerhaft von Nutzen. Jeder beendete Krieg gebar neues Unglück. Und unter jedem Krieg litt die Zivilbevölkerung und spätestens mit den modernen Kriegen starben auch Hunderttausende oder gar Millionen der gesunden, männlichen Bevölkerung wie auch der weiblichen. Krieg war noch nie ein „heroisches Ringen“, doch mit der modernen Kriegsführung wurde diese Ansicht restlos getilgt.
- Die heutigen Gesellschaften sind komplex und weltweit arbeitsteilig vernetzt. Gerade Deutschland als „Exportnation“ profitiert von Außenhandelsbeziehungen. In einer Welt reiner Nationalstaaten müssten aber Außenhandelsabkommen mühsam und langwierig bilateral (zwischen einzelnen Staaten) ausgehandelt werden.
- Es gibt heute etliche Bereiche in der Politik, die Nationalstaaten überfordern, selbst die USA, China oder Russland. Umweltfragen, Finanzsystem, Wirtschaft, Sicherheit sind Bereiche, die an Grenzen nicht haltmachen. Überstaatliche Lösungen nutzen in diesen Fällen allen Beteiligten.
- Im übrigen stellt Wolf Wagner fest, dass sich „[d]ie Eigenheiten der Regionen [...] im Prozess der europäischen Einigung verstärkt und nicht abgeschwächt [haben].“ (S.44)

- Man kann jederzeit über notwendige Reformansätze etwa im Bereich der Subsidiarität oder in Finanzfragen diskutieren, doch ein Zurück zu reinen Nationalstaaten wäre für alle Beteiligten von Nachteil, gerade auch für Deutschland. Deutschland braucht die EU und die EU braucht Deutschland.

8. Bei Hitler war nicht alles schlecht – Autobahnen und Co.

„Die Nationalsozialisten haben doch auch Gutes bewirkt!“

Ein Satz, der gebetsmühlenartig von „rechter“ Seite heruntergebetet wird, aber auch in der sog. Mitte der Gesellschaft zu hören ist. Eine solche Relativierung kann beispielsweise Schutz der Familie sein, wenn man z.B. über seinen Opa oder Uropa, der im NS-Staat kein Widerstandskämpfer war, nichts Schlechtes sagen möchte, oder aber der Versuch, den Nationalsozialismus wieder salonfähig zu machen, im Sinne von „Nationalsozialismus ist gut, leider gab es in der Umsetzung Fehler“. Grundsätzlich muss man sagen, dass der NS-Staat in solchem Maß Verbrechen und Unglück über die Menschen und Länder gebracht hat, dass der Bau von Autobahnen oder ein Abbau von Arbeitslosigkeit dagegen überhaupt nicht ins Gewicht fallen würden. Und die Verbrechen waren und sind im Nationalsozialismus selbst angelegt, da er seine „Legitimierung“ aus Antisemitismus, Rassismus (Überlegenheit des „Ariers“) und einem angedachten Recht auf Eroberung fremden Territoriums („Lebensraum im Osten“) zog.

Wie schaut es aber mit den Fakten aus? Es folgen zwei Beispiele:

- „Im Nationalsozialismus konnte man sich ohne Angst auf die Straße trauen.“ Das ist schlicht Propaganda. Denn die Kriminalstatistiken zur NS-Zeit weisen eine hohe Zahl an Verurteilungen auf, 1935 z.B. 431.426 Verurteilungen, 1937 438.493, darunter 410 wegen Mord oder Totschlag, 2.238 wegen fahrlässiger Tötung, 26.977 wegen Körperverletzungen und 12.123 wegen schweren Diebstahls.¹⁵ Hinzu kamen unzählige Einweisungen in die KZ ohne Verfahren, die nicht in der Statistik auftauchten. Desweiteren boten die Gliederungen der NSDAP etlichen „Notkriminellen“ ein Einkommen. Auch Urteile der Militär- und Sondergerichte gin-

¹⁵ Zahlen nach Klaus-Peter Hufer, S.134

gen nicht in die zivile Kriminalitätsstatistik ein. Die größten Verbrechen begingen zudem die Partei- und Staatsorgane ohne Behelligung. Für jeden, der dem Regime unlieb war, war ein Gang auf die Straße mit Angst behaftet.

- „Die Nazis haben die Autobahnen gebaut“. Das NS-Regime ist nicht Erfinder der Autobahnen. Vorbilder waren die Highways in den USA und die „Autostrada“ in Italien. Schon in den 1920er Jahren, also in der Weimarer Republik, wurde die „AVUS“ in Berlin fertiggestellt und es gab Planungen für den Autobahnbau, auf die die Nazis später aufgebaut haben. Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme taugte der Autobahnbau dann im „Dritten Reich“ auch nicht. Anvisiert waren 600.000 beschäftigte Arbeitnehmer, die höchste Zahl wurde jedoch 1936 mit 124.483 erreicht, was keinen so großen sozialpolitischen Effekt hatte, wie erhofft. Zudem wurde das Geld zur Finanzierung aus der Arbeitslosenversicherung zweckentfremdet (bis 1944 6,5 Mrd. Reichsmark – annähernd 4,6 Mrd. Reichsmark verblieben 1945 als Verbindlichkeiten!), was aber verschwiegen wurde.¹⁶

¹⁶ Näheres hierzu siehe Wolfgang Benz und Ehrhard Schütz/Eckhard Gruber, Mythos Reichsautobahn. Berlin 2012

9. Holocaust

„Der Holocaust hat so nie stattgefunden.“

Holocaustleugnung oder -verharmlosung gehören seit 1945 zum Repertoire des rechtsextremistischen Spektrums. Dabei werden zum Teil abstruse Zahlenspielerien betrieben, um die Zahl der Opfer herunter zurechnen, unbeeindruckt davon, dass schon eine geringere Zahl an industriell organisierten Massenmorden ein unglaubliches Verbrechen wäre. Andere selbsternannte Historiker des „rechten Spektrums“ versuchen durch pseudowissenschaftliche Forschungen nachzuweisen, dass die Ermordung von Millionen von Juden so technisch nicht umsetzbar gewesen wäre. Dem ist jedoch leider nicht so. Propagandistisches Ziel ist es, durch ständige Wiederholung der angeblichen Fakten den Anschein zu erwecken, diese sog. Fakten wären fester Bestandteil des Quellenmaterials.¹⁷ Ziel ist die Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Uns Nachgeborenen soll es aber Verpflichtung sein, dass von deutschem Boden nie wieder so ein gewaltiges Unrecht ausgeht. Daher darf es nicht in Vergessenheit geraten.

Die geprüften Fakten sind:

- Die Geschichte des Holocaust ist durch unzählige Quellen nachgewiesen, darunter diverse Dokumente der Täter (Briefe, Tagebücher, Amtliches), durch Statistiken der SS, durch Lagerkarteien, Akten über Baumaßnahmen durch Firmen, Zeitzeugenaussagen von Tätern wie auch Opfern, Photos, Unterlagen der Reichsbahn, Massengräber und anderes.
- Die europäischen Juden waren nach Kriegsende nicht mehr da. Was soll aus ihnen geworden sein? Es waren Millionen, die unzählige Freunde, Bekannte und Geschäftspartner gehabt hatten. Eine absurde Antwort auf die Frage von rechtsextremistischer Seite lautet, sie seien in die entferntesten

¹⁷ Vgl. in dem Zusammenhang z.B. Wolfgang Benz, Holocaust-Opfer

Regionen der Sowjetunion geflüchtet. Wer die Verhältnisse in Stalins UdSSR kennt, weiss, dass eine solche Aussage schlicht an den Haaren herbeigezogen ist.

- Die ermittelten *Minimalzahlen* der ermordeten Juden wurden mit äußerster Akribie und Professionalität von Historikern und Juristen ermittelt und immer wieder überprüft. Es sind für Chelmnó 152.000, für Belzec 600.000, für Sobibór 250.000, für Auschwitz-Birkenau eine Million, für Treblinka 900.000 und für Majdanek 60.000 bis 80.000. Dazu kommen die Opfer der Einsatzgruppen der SS (nach eigenen Angaben wurden mind. 535.000 Juden durch sie ermordet) und mind. 2 ½ Millionen in Ghettos und KZ durch Zwangsarbeit, Unterernährung und Mißhandlungen getötete.¹⁸

¹⁸ Zahlen zitiert nach Wolfgang Benz

Zusammenfassung

Rechtsextremisten nutzen Vorurteile und diffuse Ängste dafür, für ihre Belange Stimmung zu machen. Dagegen hilft am besten Aufklärung der Fakten und mit Fakten. Eine Beschäftigung mit sog. Argumenten von Rechtsextremen tut für jeden Demokraten Not – zwar wird es schwerfallen, einen überzeugten Neonazi durch die realen Fakten auf Anhieb zu überzeugen (er wird einem dann etwas von „Systemhistorikern der brd“¹⁹ erzählen, die im Auftrag dieser oder jener Verschwörung wider das Deutschtum dem Volk Lügen aufischt), aber steter Tropfen höhlt den Stein. Vor allem aber geht es um die Menschen, die sich nicht mit dem Nationalsozialismus identifizieren, aber Teile rechtsextremistischer Anschauung nachsprechen oder für wahr und richtig halten. Einerseits könnten diese nach „Rechtsaußen“ abdriften, andererseits bestätigen sie wiederum die Rechtsextremisten in ihrem Tun, da diese glauben, ihre Ansichten seien insgeheim mehrheitsfähig.

Der vorliegende Katalog bietet hoffentlich Unterstützung in der Argumentation gegen rechte Parolen. Natürlich ist er keineswegs umfassend. Der Verfasser hat jedoch versucht, die häufigsten Phrasen und „Argumente“ von rechtsextremistischer Seite zu beleuchten und Gegenargumente zu präsentieren. Es ist nun an den demokratischen Akteuren, dies im Alltag zu nutzen. Gespräche mit Wählern, Schülern, Bürgern, Internetforen u.v.a.m. bieten dazu leider Gottes immer wieder Anlass.

¹⁹ Zitat aus einem Diskussionsforum im Internet.

Literaturverzeichnis

Internet:

- http://www.insuedthueringen.de/lokal/sonneberg_neuhaus/sonneberg/Nur-noch-zu-zweit-nachts-durch-die-Innenstadt;art83453,2289394
- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33591/definitionen-und-probleme> > Wolfgang Benz, Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile
- http://www.fes.de/forumjugend/html/gegenrecht_s1.php > Argumente gegen Rechts
- www.osz-gegen-rechts.de > Michael Hammerbacher, Argumente gegen rechte Sprüche

Publikationen (Auswahl):

- Wolfgang Benz, Die 101 wichtigsten Fragen. Das Dritte Reich. München 2006
- Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Ts. 2009
- Dietmar Molthagen et al. (Hg.), Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Lern- und Arbeitsbuch (mit CD-ROM). Bonn 2008
- Erhard Schütz/Eckhard Gruber, Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933 – 1941. Berlin 2012
- Wolf Wagner, Die Rechtsextremen sagen... Erfurt 2013 (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)